Stand: 17.11.2025 21:49:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8193

"Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik II: Straftaten gegen Studentenverbindungen"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/8193 vom 29.09.2025
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8921 des KI vom 22.10.2025



# Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

29.09.2025

**Drucksache** 19/8193

### **Antrag**

der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)

Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik II: Straftaten gegen Studentenverbindungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) dahingehend zu erweitern, dass Fälle von Straftaten gegen Studentenverbindungen und deren Mitglieder in der PKS registriert und als separate Statistik geführt werden.
- sich auf der Innenministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Berücksichtigung der Fälle von Straftaten gegen Studentenverbindungen in der PKS sowie in den Richtlinien des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes bei politisch motivierter Kriminalität einzusetzen, unter Beachtung der genannten Maßnahmen.

### Begründung:

Die PKS dient der Abbildung der kriminalistischen Realität durch systematische Dokumentation, Überwachung und Aufarbeitung von Kriminalität, einzelner Deliktsarten sowie der Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises. Sie ermöglicht dadurch eine jährliche Auswertung hinsichtlich des Umfangs und der Entwicklung wesentlicher Kriminalitätsfelder. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für kriminalpolitische Entscheidungen, kriminologisch-soziologische Forschung sowie organisatorische Schwerpunktsetzungen der Polizei, um Straftaten sowohl präventiv als auch repressiv wirksam begegnen zu können.

Die linke "Szene" in Deutschland führt aus ideologischen Gründen einen Kampf gegen Studentenverbindungen, da diese dort als Symbole konservativer, elitärer und traditioneller Strukturen wahrgenommen werden, die linken politischen Überzeugungen widersprechen.

Linke Gruppen greifen zu Gewalttaten, um ihre Ablehnung von Studentenverbindungen zu demonstrieren. Diese umfassen Sachbeschädigungen an Verbindungshäusern, Störungen von Veranstaltungen oder körperliche Angriffe auf Verbindungsmitglieder. In den letzten Jahren sind einige Taten in Bayern öffentlich bekannt geworden:

- Beispielsweise berichtete die Polizei Coburg am 30. Mai 2023 von einem Brandanschlag auf das Auto von Teilnehmern des Coburger Convents.
- Am 22. Mai 2024 griffen Personen aus dem linken Spektrum das Treffen des Coburger Convents in Coburg mit Buttersäure an. Eine grüne Stadträtin bezeichnete den Angriff als "etwas von einem Lausbubenstreich." Beim Coburger Convent handelt es sich um das bundesweite Treffen der akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften an deutschen Hochschulen.
- Ein Mann griff am 26. Mai 2025 das Haus der Münchener Burschenschaft Danubia mit Steinen an und schlug auf einen anwesenden Burschenschafter ein.

Im Juni 2025 wurden im Münchener Stadtteil Bogenhausen Graffiti mit linken Sprüchen und Hakenkreuzen im Umkreis des Corps Franconia gefunden.

Die Erweiterung der Datenerhebung um die Kategorie "Straftaten gegen Studentenverbindungen" ist daher ein notwendiger Schritt, um die Aussagekraft der PKS zu stärken, sachgerechte kriminalpolitische Entscheidungen zu ermöglichen und eine vollumfängliche Informationsweitergabe an die Bürger und den Landtag sicherzustellen.

# Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

22.10.2025

Drucksache 19/8921

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Drs. 19/8193

Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik II: Straftaten gegen Studentenverbindungen

### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Richard Graupner
Mitberichterstatter: Holger Dremel

### II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 22. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

#### Florian Siekmann

Stellvertretender Vorsitzender